

# NATIONAL-, REGIONAL- UND MINDERHEITSSPRACHEN IN EUROPA

von Gerhard Stickel

Die sprachliche Vielfalt Europas erschöpft sich nicht in den so genannten Nationalsprachen, das heißt, den Sprachen, die in den einzelnen Ländern als überregionale Amtssprachen gebraucht werden, in manchen Ländern auch durch die Verfassung oder spezielle Sprachgesetze vorgeschrieben sind. Von den Behörden der Europäischen Union werden 23 Sprachen der 27 Mitgliedsländer als Amtssprachen anerkannt. In jedem Land werden aber neben der oder den offiziellen Sprache(n) der Mehrheitsbevölkerung mehrere andere Sprachen von größeren oder kleineren Sprechergruppen gebraucht: autochthone Sprachen, die schon seit längerer Zeit in dem jeweiligen Land gesprochen werden und allochthone Sprachen von verschiedenen Migrantengruppen und deren Nachkommen. Autochthone Minderheitssprachen sind in Deutschland Sorbisch, Dänisch, Friesisch und Romani. Neuerdings wird auch Niederdeutsch dazu gezählt. Allochthone Sprachen sind Türkisch, Polnisch, Russisch, Italienisch, Kroatisch und viele andere.

EFNIL (European Federation of National Institutions for Language), die Organisation der Sprachakademien und zentralen Sprachinstitute der EU-Staaten, zu der auch das IDS gehört, hat sich auf ihrer Jahrestagung 2009 in Dublin eingehend mit dem Verhältnis zwischen Nationalsprachen und Regional- und Minderheitssprachen befasst. Die bei dieser Tagung begonnene Diskussion wurde von den Mitgliedern fortgesetzt und hat zu einer von allen Beteiligten getragenen „Erklärung von Dublin“ geführt. Die deutsche Fassung dieser Erklärung wird im Folgenden wiedergegeben. Versionen in 23 weiteren europäischen Sprachen sind inzwischen auch im Internet<sup>1</sup> und als Teil des vor kurzem erschienenen Tagungsbandes<sup>2</sup> veröffentlicht worden.

## Die Dubliner Erklärung von EFNIL zum Verhältnis zwischen offiziellen Sprachen und Regional- und Minderheitssprachen in Europa

1. Aufgrund der unterschiedlichen historischen, sozialen und politischen Bedingungen variieren die

sprachlichen Gegebenheiten in Europa erheblich. Die Mitglieder von EFNIL sind als nationale oder zentrale Einrichtungen der Mitgliedsstaaten der EU damit befasst, die offiziellen Standardsprachen ihrer Länder durch Sprachforschung, -planung, -dokumentation und -politik zu fördern. Sie haben zudem die Aufgabe, die Entwicklung von Sprachgebrauch und sprachlicher Vielfalt in ihren Ländern genau zu beobachten.

2. Bezeichnungen wie ‚Minderheitssprache‘ und ‚Regionalsprache‘ haben gewöhnlich ideologische Konnotationen wie auch ‚Nationalsprache‘, ‚offizielle Sprache‘ und viele andere (z.B. indigene, autochthone, ethnische, weniger-gebrauchte, ko-offizielle, dominante, nicht-territoriale Sprache, Dialekt), mit denen der Status oder die Bedingungen einer Sprache benannt werden. Der Gebrauch dieser vielen Bezeichnungen ist an sich schon kennzeichnend dafür, dass die Beziehungen zwischen Sprachen und zwischen Sprache und Gesellschaft sehr komplex sind. EFNIL möchte dazu beitragen, das Bewusstsein für den Gebrauch solcher Begriffe zu schärfen und Sorgfalt bei ihrem Gebrauch in offiziellen Dokumenten und sprachpolitischen Maßnahmen zu fördern.

3. EFNIL betrachtet alle Sprachen als gleich in ihrem kulturellen Wert, und dies schließt selbstverständlich Minderheitssprachen ein. Im Hinblick auf das Recht auf Zugang zu Bildung und sprachlicher Erziehung macht EFNIL keinen Unterschied zwischen autochthonen Sprachen, Migrantensprachen und Minderheitssprachen. Deshalb plädiert EFNIL dafür, so viele Sprachen wie möglich in die Unterrichtspläne der Schulen aufzunehmen, und appelliert an die staatlichen Behörden, für die Aufnahme von Minderheits- und Migrantensprachen in die Unterrichtspläne initiativ zu werden und/oder – wo immer möglich – Gelegenheiten für eine Erziehung in diesen Sprachen zu bieten.

4. Sprachgruppen außerhalb ihrer sprachverwandten Staaten oder ohne einen solchen Staat sollten die Sicherheit haben (etwa durch bilaterale Abkommen

für Gruppen mit sprachverwandten Staaten oder durch angemessene gesetzliche Regelungen für andere Gruppen), dass das Land, dessen Bürger sie sind, sprachliche Rechte respektiert und schätzt. Dies kann auch zur Verbesserung von internationalen Beziehungen, Austausch und Handel beitragen.

5. Von Bürgerinnen und Bürgern wird typischerweise erwartet, dass sie eine bestimmte Sprache beherrschen (gewöhnlich als ‚nationale‘ oder ‚offizielle‘ Sprache bezeichnet). Bewerberinnen und Bewerber um eine entsprechende Staatsbürgerschaft müssen ihre Kenntnis dieser Sprache nachweisen. In einigen Ländern betrifft dieses Erfordernis eine von mehreren offiziellen Sprachen. Dies sollte jedoch nicht bedeuten, dass die anderen autochthonen Sprachen, die zu diesem Land gehören und Teile seines kulturellen Erbes sind, gering geschätzt werden. Der rasche Rückgang von Sprecherinnen und Sprechern dieser Sprachen in der letzten Zeit stimmt sehr bedenklich. EFNIL mahnt staatliche Behörden und die Allgemeinheit, die kognitiven, gesellschaftlichen sowie die politischen und wirtschaftlichen Vorteile von Zwei- oder Mehrsprachigkeit der gesamten Bevölkerung zu erkennen.

6. Die komplizierte sprachliche Realität in den meisten europäischen Ländern ist nicht immer sichtbar, weil es an zuverlässigen neuen Statistiken fehlt. Da sie die Bedingungen gesellschaftlicher Vielfalt in Europa und die Notwendigkeit sozialen Zusammenhalts anerkennt, ist EFNIL entschlossen, die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung zu fördern und mit anderen europäischen Organisationen zusammenzuarbeiten, um zuverlässige Daten und gute Beispiele in diesem Bereich zu ermitteln und zu verbreiten.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> <[www.efnil.org](http://www.efnil.org)>

<sup>2</sup> Stickel, Gerhard (Hg.) (2011): National, Regional and Minority Languages in Europe. Contributions to the Annual Conference 2009 of EFNIL in Dublin. Frankfurt a. M. / Berlin / Bern etc.: Lang.

Der Autor ist der ehemalige Direktor des Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim.